

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden  
Koblen & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verlagsort: Seb. Weidh., Dresden  
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementspreis einschließlich Beleglohn mit den wöchentlichen Beilagen  
„Nach der Arbeit“ und „Volk und Welt“ für einen halben Monat 1 M.  
Einzelnnummer 10 Pf.  
Telegraphische Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Kompaßzeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M. für auswärtsige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietsgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Beleglieferung 10 Pf.

Nr. 13

Dresden, Sonnabend den 16. Januar 1926

37. Jahrg.

## Der schwarze Kleister

Die Mittelparteien bilden eine Regierung. Die Männer sind ziemlich bescheiden. Am Freitag haberte es noch ein bißchen. Nicht etwa, weil sich der oder jener Ausersehene freudete, sondern weil Luther noch nicht genau wußte, was der oder jener in dem oder jenem Ministerium anzugeben gedenkt. Man weiß den Kurs der Außenpolitik einigermaßen, aber in den inneren Ressorts ist's finster. Weder die Leute der Demokraten noch die des Zentrums oder gar der Volkspartei wissen, wie sie der Krise, der Arbeitslosigkeit, der Not steuern sollen. Die Reformvorschläge der Sozialdemokratie wurden abgelehnt. Man weiß also, was die kommenden Herren nicht wollen. Aber was sie tun wollen — laufend darf demjenigen, der uns das sagen kann!

Darum war diese Regierungskrise so langweilig und langwierig, darum ist die Wehrheitsbildung so schwer, darum die Verlegenheit der Mittelparteien. Die „Krise des Parlamentarismus“ ist die Krise der bürgerlichen Parteien, die im Kielwasser kapitalistischer Politik dahinspülend und plötzlich vor gewissen sozialen Notwendigkeiten stehen.

Seit Wochen entrüstet sich die Presse, der kein Programm, keine Grundzüge und kein fester politischer Standpunkt im Wege ist, über die „Schwäche des Parlamentarismus“. Ragelt sie die Programmslosigkeit der Mittelparteien an? Die Tatsache etwa, daß keine dieser Parteien bis heute sich darüber geäußert hat, wie und mit welchen Maßnahmen man der allgemeinen Krise steuern, wie man die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten der Gegenwart beheben will? Wer das erwartet, kennt diese Generalanzeigerpresse schlecht. Sie taufelt seit Wochen auf den Lippen: „Was ist das für ein Getöse der Parteien? Welcher Mangel an Verantwortungsfähigkeit? Aber diesen Parteien ist ihre Popularität wichtiger als die Not des Volkes! Wir wollen Leben sehen!“ Wir greifen einen der Dresdner Vertreter dieses Generalanzeigerimpus heraus: Die Dresdner Neuesten Nachrichten. In ihrer letzten Nummer donnern sie:

Wenn Dr. Luther sich jetzt nicht schnell darauf besinnt, daß es nur eine Möglichkeit gibt, nämlich die: zuverlässige und leistungsfähige Männer zu berufen und die Parteien vor die Verantwortung zu stellen, die Kapazität und die Leistungsfähigkeit abzulösen im Interesse ihrer Parteimitgliedschaften, dann allerdings steht zu befürchten, daß auch die trübsten Voraussagen der Niedergegangenen sich erfüllen werden.

Es gibt nur eine Forderung des Tages: Männer auf die Kommandobrücke! Männer an das Steuer! Männer an die Schiffsmaschine! Wer diese Forderung nicht stellt, der ist kein Kapitän. Und wer sich ihr widersetzt, sei es aus nach so gewichtigem Parteigrunde, der muß vom deutschen Volke hinweggefegt werden. Jetzt darf nicht mehr verhandelt, jetzt muß endlich gehandelt werden. J. F. W.

Ei wie das blüht und wuchert! Es ist eine Lust, Journalist zu sein! Fehlt nur noch Feuer! — Wir denken über die bürgerlichen Parteien wahrlich nicht freundlich, aber schlechter oder verantwortungsloser als diese Presse und sie auf keinen Fall. Im Gegenteil: beide sind Fleisch vom gleichen schwammigen Fleisch. Wo hat denn diese Art Presse, wo haben diese über den tatenlosen Parlamentarismus enttäuschten Dr. R. R., Dresdner Anzeiger und Geschwister einmal näher erklärt, welche Maßnahmen zur Behebung der Not sie für nötig halten? Ein Narr wartet auf Antwort. Was braucht's denn Forderungen, Programme, Vorschläge, politische Grundzüge! „Männer her, Männer!“ Das übrige kommt von selbst.

Ein Weis, blüdes Geschrei. Schlimmer: ein feiges Getue. Denn wenn diese Presse nicht nur mit Kritik und billigem Appell an die indifferente Publika, sondern mit Reformvorschlägen aufwarten sollte, würde ihr ganzer Vankrott offenbar. So was verlangt erstens einmal intellektuell mehr als bloße volkstümliche Publikaumschreien, und zweitens erst man mit klaren politischen Bekenntnissen links oder rechts oder nach beiden Seiten an.

Und so wäre noch zu fragen: Wo hat denn diese Generalanzeigerpresse je ihre Popularität riskiert? Im Momenten etwa, wo die beliebtesten Maritimen um die Lösung einer unpopulären Verordnungsfrage bühnen? Oder in Verhinderungen, wo sich Sensationsnachrichten, denen die Gründung auf der Ehren geschrieben steht, breitmachen? Oder im politischen Teil etwa, in dessen Spalten die Allerweltsumarmung eines politischen Halbzeits, unklaren Publikums mit geklebten Fäden nachtrumpft wird? Wo die „ausserordentliche“ Parole blüht und alles Klare, Bestimmte, konkretes vertrieben wird?

Sie stehen miteinander in Wechselwirkung: das indifferente Publikum und diese Presse. Beide haben einander, beide erzeugen einander täglich neu. Und von diesem so gebunden, von solchen Blättern mit solchen Plattitüden gefütterten Publikum werden die bürgerlichen Parteien gestützt, werden ihre Parlamentarier genährt. Soll man sich dann noch wundern, daß sie dieser Wählerkraft oft so ähneln leben, daß sie in schwierigen Situationen über Redensarten und Parolelei nicht hinauskommen? Nein, wundern muß man sich höchstens über die Treue, mit der diese Generalanzeigerpresse von der Verantwortungslosigkeit der Parteien reden, sich als Richter aufspielen und über den

Mangel an positiven politischen Leistungen beklagen — sie, die nie gewagt haben, klar zu sagen, was sie praktisch darunter verstehen.

Die „Krise des Parlamentarismus“ hängt in allen Ländern mit diesem Charakterlosten Teile der „siebenten Großmacht“ zusammen, mit diesen „neutralen“ Allerweltspolitiken, die mit dem schwarzen Kleister ihrer Drucker-schwärze breite Wählerkreise einleifern.

### Um die politischen Ministerposten

D. Berlin, 16. Januar. (Sig. Funkpruch) Nachdem nunmehr feststeht, daß Reichswehrminister Dr. Gessler tatsächlich nicht mehr in seinem Amte verbleiben will, sucht Dr. Luther für das Reichswehrministerium eine Persönlichkeit, die parteipolitisch von keiner Seite allzu scharfe Einwendungen erhoben werden können. Vorrat ist dieser „neutrale“ Kandidat noch nicht gefunden. Werkwärtigerweise wird, wie die Vossische Zeitung berichtet, in volksparteilichen Kreisen der Name des Abgeordneten Dr. Scholz genannt, von dem man wirklich nicht behaupten kann, daß er diese „neutralen“ Eigenschaften besäße. Bezeichnend ist, was die Vossische Zeitung heute zu dem Gegenstand zwischen Demokraten und Zentrum über die Weichung des Reichswehrministeriums zu berichten weiß. Die Deutsche Volkspartei lege weniger Wert darauf, das Reichswehrministerium des Innern für Dr. Curtius zu erhalten, als darauf, zu verhindern, daß ein absolut zuverlässiger, überzeugungstreuer Republikaner, wie der demokratische Abgeordnete Dr. Koch, an die Spitze des politischen Innenministeriums käme.

Der Kampf geht in der Hauptsache um den Innenminister, der den politischen Kurs bestimmt. Die Volkspartei fordert den Posten für sich, erhält sie ihn nicht, dann soll er „neutral“ besetzt werden, aber unter keinen Umständen mit einem Republikaner. Hier offenbart sich die Unmöglichkeit, mit der Volkspartei Politik zu treiben. Die absehbende Haltung der Sozialdemokraten wird Zug um Zug gerechtfertigt.

Die demokratischen Blätter sind über das volksparteiliche Treiben empört. Die Vossische Zeitung fragt: „Sollen vielleicht Reichswehrminister und Reichswehrminister, die beide in besonders hervorragendem Maße die Aufgabe haben, Verfassung und Staatsform zu schützen, sich gegenüber Tendenzen, die der Weimarer Verfassung und der Republik feindlich sind, neutral verhalten? Aber gerade, weil sich die Weimarer Verfassung großer Verehrer gegen die Verfassung, gegen die Staatsform richten, muß an

der Spitze des Reichswehrministeriums und des Innenministeriums je ein absolut zuverlässiger, überzeugungstreuer Republikaner stehen. Hier gibt es kein Kompromiß, sondern nur ein Entweder — oder.“

Von dem für das Reichsinnenministerium in Aussicht genommenen Dr. Curtius schreibt das Blatt: „Er hat aus seinem schwarzweißen Bekleidungs sein Gehl gemacht. Er war es, der mit in erster Reihe im August 1924 und in den Monaten nachher den Deutschnationalen den Weg zur Macht ebnete. Der Brief vom 29. August, der den Deutschnationalen die Beteiligung an der Regierung zusagte, für den Fall der Annahme des Domes-Geheißes, trug auch seine Unterschrift. Dieser Vorkämpfer einer Rechtsorientierung wäre auf dem Posten des Innenministers untragbar. Das könnte nur als Vorbereitung einer neuen Rechtswendung verstanden werden. In einem solchen Kabinett aber hätte die Demokratie nichts zu suchen.“

Heber die Sitzung, die das Zentrum am Freitag bis spät abends abhielt, weiß das Berliner Tageblatt zu berichten, daß in einer zum Teil recht temperamentvollen Aussprache der Meinung Ausdruck gegeben worden sei, Luther sei augenscheinlich beauftragt, ein sogenanntes „neutrales Kabinett“ zu bilden. Demgegenüber müsse das Zentrum besonders darauf achten, daß die Fällungnahme nach rechts, die durch sogenannte unpolitische und unparlamentarische Persönlichkeiten offenbar hergesteuert werden soll, vermieden werden muß. Das Blatt berichtet, daß das Zentrum für sich das Justizministerium, das Arbeitsministerium, das Wirtschaftsministerium und das Ernährungsministerium beanspruche, daß es andererseits das Verlangen der Demokraten nach dem Innenministerium als durchaus berechtigt anerkenne. Auch gesteht das Zentrum der demokratischen Fraktion das Reichswehrministerium zu, da man den Wunsch habe, daß an die Stelle des zurücktretenden Dr. Gessler eine zuverlässige republikanische Persönlichkeit treten solle.

Die Germania erklärt, daß der Vorschlag des Volksparteilers von Brünninghaus als Reichswehrminister harten Widerspruch gefunden habe. Der Vorschlag der Deutschen Volkspartei werde noch unmöglicher, wenn sie auch noch das Innenministerium besetzen wolle. Das Blatt sieht die Auffassung des Zentrums wie folgt zusammen: „Die Regierung Luther ist ja an sich schon eine Notlösung, weil sie im Reichstag keine sichere Mehrheit hat. Dann soll man aber wenigstens versuchen, es so stark als nur eben möglich zu fundieren. Diese Regierung will eine neutrale sein, und schon ihre Zusammensetzung muß die Gewähr bieten, daß sich nicht von vornherein gewisse Bindungen ergeben.“

Die „Bindungen“ sind natürlich die Bindungen nach rechts. Die deutschnationale Presse ist entsetzt, daß Gessler gehen will. Sie erklärt, daß Gessler bisher nur mitgeteilt habe, daß er „leider noch nicht“ in der Lage sei, weiter im Amte zu verbleiben. Wenn also das Kabinett nach reaktionären Wünschen ausfällt, wird er schon noch bleiben. Vorrat scheint sich das Mingen um Minister-einfluß noch breit hinzuziehen.

## Der völkische Mord

D. Der Verleger Nordprozeß hat die Meldungen der deutschen Freikorps, der Vorläufer unter Schwarzen Reichswehr und der völkischen Heere plötzlich wieder hervorgeholt. Vom Nord an Liechtenau und Rosa Luxemburg, an Karl Landauer und Kapitänleutnant Pasche, vom „Gesellenmord“ in München, vom Matrosenmord in der Französischen Straße und der Tragödie von Westerstädt bis herauf zu den Massenschlachten der völkischen Heere zieht sich ein einziger blutroter Streifen bis in unsere Tage hinein, der völkische Mord.

Die „Freikorps“ waren ein Produkt des Bruderkampfes im Proletariat, der Straßenkämpfe um die politische Macht in München und in Berlin. Sie schossen aus den aufgelösten Resten der alten Wehrmacht hervor und vereinigten in sich die durch den Weltkrieg und den Zusammenbruch der stellenlos gewordenen „überzähligen“ aktiven und Reserveoffiziere der alten Armee, die sich nach fünf Jahren Krieg nun auf den Universitäten aufmündeten — eine in Krieg verrobbete Jugend des größten Teils selbst aus der Bahn herausgeschleuderten Kleinbürgertums. So wurden die in der Not des Kleinbürgerkrieges aus dem Boden gestampften „Freikorps“ förmliche „Zweckverbände“ einer im Uebergangsstadium vom Krieg zum Frieden stehenden Führerschaft des wilhelminischen Militärstaates. Sie bildeten jahrelang einen Staat im Staat und leiteten diese Rolle bis auf unsere Tage fort. Jahrzehntlang gelang es ihnen, wie Professor Gumbels Buch „Der Jahre Mord“ beweist, ihre Heldentaten der gerichtlichen Verfolgung zu entziehen und alle zu den politischen Morden der Nachkriegszeit führenden Spuren zu verwischen.

Eine besondere Stellung unter den ehemaligen Freikorps nahm wegen der Brutalität seines „Zweckverbändes“ das Freikorps Lübow ein, dessen Angehörige augenblicklich wegen des Verleger Nordprozeß vor Gericht stehen. Dem Stab des Majors Lübow, der seit dem Vormarsch gegen München noch jahrelang sein Dasein innerhalb der legalen Reichswehr fristete, gelang es, die strafrechtliche Verfolgung der Untaten dieser jenseitigen Truppe zu verhindern. Gerichtliche Anfragen wurden entweder sofort in den Papierkorb geworfen oder falsch und irreführend beantwortet. Der beste Beweis hierfür ist der Fall des Leutnants Gzefalla, der in dem Bericht des Untersuchungsausschusses des Preussischen Landtages einen besonders breiten Raum einnimmt. Gzefalla hatte bei den Märzkämpfen 1919 in Berlin zwei friedliche Bürger ohne jede gerichtliche und standrechtliche Formalitäten kurzerhand erschossen lassen. Als die ersten Anfragen der Untersuchungsbehörden bei den Gerichtsbehörden und schließlich bei der Truppe des Majors Lübow eintrafen, wurde Gzefalla nicht etwa festgenommen, sondern er erhielt einen Monatsgehalt und einen größeren Geldbetrag ausgehändigt, wurde gebeten, sich aus

dem Staube zu machen und dann in der Rangliste als vermißt geführt. Erst dann wurde der Haftbefehl ausgestellt. Gzefalla gibt im Vernehmungsprotokoll an, daß sein Aufenthalt dem Freikorps jederzeit bekannt gewesen sei, daß er persönlich mit der Geschäftsstelle seines Bataillons korrespondiert und persönlich bei dem Bataillonsstab vorgesprochen habe. Als sich eine derartige Postkarte mit der Adresse des Abenders zufällig in die Berichtsaften verirrt, war der Kriegsgerichtsrat gezwungen, den Haftbefehl gegen Gzefalla erneut auszustellen. Er flog wieder in den Papierkorb: die viermalige Anfrage des Gerichts blieb unbeantwortet und Gzefalla galt als „unantastbar“, trotzdem seine genaue Adresse bei den Akten war. Schließlich ließ sich der steckbrieflich verfolgte Leutnant des Freikorps Lübow in Sameln klammern, ohne daß sich irgend jemand in der deutschen Republik darum kümmerte.

Selbst als die sogenannten „Freikorps“ in etwas veränderter Gestalt zur Schwarzen Reichswehr wandelten, blieb das System der Spurenermittlung — je nach der politischen Einstellung der Strafverfolgungsstelle — die gleiche. Auch die Schwarze Reichswehr wurde von den Beamten und Richtern, die durchweg selbst frühere Offiziere waren, gebildet, und die Steckbriefe blieben wie zu Zeiten des Freikorps Lübow in den Papierkörben hängen. So hat sich bekanntlich der Leiter der mecklenburgischen Kriminalpolizei als geeigneten „Vertrauensmann“ zur Aufdeckung des Mordes an dem Schwarzen Reichswehrmann Holz den später wegen Anführung dieses selbstmörderischen Mordes zum Tode verurteilten Oberleutnant Schäfer herangezogen.

Aus dieser Atmosphäre heraus, die durch die Großmäuligkeit verrobbeter Offiziere, durch die in Mecklenburg traditionell gewordene „Befehlsgewalt“ des Junkers über den knecht die Möglichkeit zu gefahrloser Zuzünderung von Zeme-morden schuf, entstand dann der „Fememord“. Sobald die Werkzeuge jener Drahtzieher zur Pistole und zum Dolchmesser gegriffen hatten, verschwand der intellektuelle Urheber der Tat, stellte sich der Polizeibehörde als „Vertrauensmann“ zur Verfügung wie jener Oberleutnant Schäfer oder jandte das Weite wie jener mit einem halben Tübinger Morden belastete Leiter der mecklenburgischen Schwarzen Reichswehr, Oberleutnant von Borgen-Bamwisk.

Endlich hat die Berliner Kriminalpolizei durch einen Steckbrief, der sich mit acht Fememorden und etwa 40 Anschlägen und Teilnehmern befaßt, einen tiefen Griff in das Reich der nationalen Mordtaten getan. Ihre Aufdeckungen sind hoffentlich durch den sich in breiter Öffentlichkeit abspielenden Verleger Nordprozeß wesentlich erleichtert werden. Denn die erschütternden Szenen, die sich seinerzeit vor der „Einrichtung“ der Verleger Arbeiter abgeblieben haben, kann kein